

Sozialismus

www.Sozialismus.de

J. Bischoff/B. Radke:
Bürger werde Beteiligte



Armando F. Steinko: Das
katalanische Labyrinth

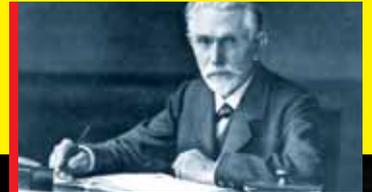


Klaus Pickshaus: Dynamik
in der Arbeitszeitdebatte

Paul Oehlke: Renaissance
der Arbeitsforschung

Forum
Gewerkschaften

Donat/Karuscheit/Kriehe-
bauer: Kriegsverhütung?



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Generalstreik in Belgien



Zum zweiten Mal haben die drei großen Gewerkschaftsbünde erfolgreich zum Generalstreik aufgerufen. Die Gewerkschaftsbewegung ist zwischen einem sozialistisch-sozialdemokratischen, einem christlichen und einem liberalen Flügel gespalten. Allein deshalb ist die massenhafte Beteiligung schon ein Erfolg...

Die NATO im Ukraine-Konflikt: Alles ganz nicht-militärisch?



Tag für Tag erklären Regierungen und PolitikerInnen der NATO- und EU-Länder, der Ukraine-Konflikt sei nicht militärisch zu lösen. Andererseits befasst sich die NATO als Militärpakt sehr intensiv mit den Vorgängen, obwohl die westlichen Wirtschaftssanktionen gegen Russland weder von der NATO beschlossen noch umgesetzt werden...

Die CDU nach dem Kölner Parteitag



Für den CDU-Parteitag hatte die unionsinterne politische Kommunikation eine Linie vorgegeben: keine romantische Rückblicke, jede Verstrickung in die Gegenwart vermeiden, mutig und energisch die Zukunft thematisieren...

Jenseits der GroKo

Alexander Häusler: AfD – zwischen Wettbewerbspopulismus und rechtem Kulturkampf	2
Joachim Bischoff/Björn Radke: Bürger zu Beteiligten machen Thüringen, der Rechtspopulismus und DIE LINKE	8
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Mindestsicherung in Deutschland Der neoliberale Leviathan – ein kleinkariertes, bürokratisches und repressives System	13

Krieg & Frieden

Helmut Donat: Lernen aus der Geschichte – ein Manifest. 100 Jahre Beginn des Ersten, 75 Jahre des Zweiten Weltkriegs und 25 Jahre Fall der Mauer	22
Heiner Karuscheit: Bebels Strategie der Kriegsverhütung Positionswechsel der SPD in der Kriegsfrage	29
Wilhelm Kriehebauer: »Unsere Geister werden durch Wien ziehen« Gavrilo Pincip und das Erwachen der südslawischen Jugend	34
Hasko Hüning: »Man entgeht dem Krieg nicht einfach so« (zu Echenoz, 1914) ..	39

Forum Gewerkschaften

Klaus Pickshaus: Gibt es eine neue Dynamik in der Arbeitszeitdebatte?	41
Paul Oehlke: Humanisierung der Arbeit – neue Initiativen Einwürfe zu einer arbeitspolitischen Renaissance	45
Otto König/Richard Detje: Fit for Leadership Gewinnsprünge und Sparprogramme in der Automobilindustrie	51

Im Süden Europas

Armando Fernández Steinko: Das katalanische Labyrinth als politische Rutschgefahr	55
Johannes Schulten/Jörn Boewe: Pragmatische Radikale Podemos' Antwort auf die Krise in Europa	62
Christiana Ujma: Zwischen Apathie und Generalstreik Renzi und die Reste der italienischen Linken	65

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	63
Veranstaltungen & Tipps	68
Klaus Schneider: Timbuktu (Filmkritik)	69

Supplement

Gerhard Schäfer: Soziologie ohne Marx. Helmut Schelsky als »Starsoziologe« und Intellektueller im Hamburg der 1950er Jahre

Bebels Strategie der Kriegsverhütung

Positionswechsel der SPD in der Kriegsfrage

von | Heiner Karuscheit

Drei Jahre lang, vom September 1910 bis zu seinem Tod im August 1913, stand der SPD-Parteivorsitzende August Bebel in geheimer Verbindung mit der britischen Regierung, um diese vor einem bevorstehenden Angriff der deutschen Schlachtflotte zu warnen. Soeben ist eine Studie zu diesen Kontakten unter dem Titel »Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904-1913« in erweiterter Neuauflage (Erstveröffentlichung Göttingen 1975) erschienen.¹ Neben ergänzenden Schriftstücken enthält der dokumentarische Hauptteil die Unterredungen Bebels mit dem britischen Generalkonsul in der Schweiz, Heinrich Angst, durch den er seine Warnungen dem Foreign Office in London zukommen ließ.

Der Herausgeber Helmut Bley hat das Werk mit einem ausführlichen neuen Vorwort versehen, das die Dokumente in die aktuelle Debatte um den Ursprung des Ersten Weltkriegs ein-

ordnet und sich gegen die insbesondere von Christopher Clark und Herfried Münkler vertretene Auffassung eines schlafwandlerischen Hineinschlitterns aller europäischen Mächte in den Krieg wendet.

Über die Kriegsfrage hinaus berühren die Gespräche sowie der begleitende Briefwechsel Bebels auch die Herrschaftsverhältnisse in Deutschland und geben wie in einem Blitzlicht Ein-

Heiner Karuscheit, Publizist, schreibt seit mehr als 30 Jahren zu Fragen der Geschichte und Politik, insbesondere zur Geschichte der Arbeiterbewegung; zuletzt: »Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg« (Hamburg 2014) und zusammen mit Klaus Wernecke, Jörn Wegner und Jörg Wollenberg: »Macht und Krieg. Hegemoniekonstellationen und Erster Weltkrieg« (Hamburg 2015).

¹ Helmut Bley: *Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904-1913*, Offizin-Verlag, Hannover 2014.



Führende SPD-Mitglieder um 1900, hinten 3.v.l. Wilhelm Liebknecht, vorne 3.v.l. August Bebel (Foto: dpa)

blick in die politische Gedankenwelt der SPD-Führung. Ihre Lektüre ist vor allem deswegen aufschlussreich, weil damit die nach wie vor drängende Fragestellung erhellt wird, wie es dazu kommen konnte, dass die SPD im August 1914 die Vaterlandsverteidigung befürwortete, ohne sich zu spalten.

Der befürchtete Schlachtflottenkrieg gegen Großbritannien

Gleich in seinem ersten Gespräch mit dem britischen Generalkonsul in Zürich Ende September 1910 sagte Bebel einen Krieg voraus: »Die Katastrophe wird, glaube ich, 1912 kommen, wenn nicht früher. Preußen kann nicht hoffen, jemals in einer besseren Position für einen plötzlichen Angriff auf England zu sein, als dann, wenn die Seestreitkräfte in den modernsten Kampfeinheiten fast gleichwertig sind, während sich Englands Verteidigung zu Lande noch in chaotischem Zustand befindet.« (Bericht Heinrich Angst vom 4. Oktober 1910 an den britischen Außenminister Edward Grey über ein Gespräch mit Bebel eine Woche zuvor) In diesem Zusammenhang äußerte der SPD-Partei-vorsitzende zugleich sein Unverständnis darüber, »was sich die Britischen Regierungen und das Volk dabei denken, Deutschland so nah mit seiner Flottenrüstung an sich heranschleichen zu lassen«.

Die Warnung vor einem deutschen Überfall auf Großbritannien wiederholte Bebel im Lauf der kommenden Jahre regelmäßig. Sie erwuchs nicht allein der Sorge vor einem Krieg als solchem, sondern war genauso den befürchteten innenpolitischen Rückwirkungen eines deutschen Sieges geschuldet. So prophezeite er am 2. Januar 1912, »dass die englische Flotte gleich zu Beginn geschlagen werden würde, und dann wäre das Unheil für Deutschland ebenso groß wie für England. Alle liberalen und demokratischen Institutionen in Deutschland wären für eine Generation erledigt und unsere Partei eine Zeitlang ruiniert.« (Gespräch vom 2. Januar 1912)

Um den nach seiner Auffassung unmittelbar bevorstehenden Krieg zu verhindern, beließ er es nicht bei bloßen Warnungen, sondern forderte die britische Regierung zur Aufrüstung auf, wie sein Gewährsmann nach London übermittelte: »Herr Bebel ist der Meinung, dass es nur einen Weg gibt, aber nur einen, den ruinösen Flottenwettlauf zwischen England und Deutschland zu beenden, nämlich die Aufnahme einer überwältigenden Sonderanleihe für die Flotte durch die Regierung seiner Majestät.« (Brief Angst an Tyrell, 1. Mai 1911)

Bebel selber äußerte: »Deutschland kann einfach nicht mehr Geld als jetzt für seine Flotte ausgeben ... Eine letzte, entschlossene Anstrengung von Seiten Englands, die eindeutige Vorherrschaft zur See wiederzugewinnen, wird Deutschland dazu bringen, das Handtuch zu werfen.« (Gespräch mit Angst am 17. März 1912) Diesen Gedanken betonte er bis zum Schluss: »Wenn die britische Regierung eine Sonderanleihe von sagen wir 40 Millionen Pfund für die Marine aufnahme, würden und könnten die Deutschen dem Beispiel nicht folgen.« (Brief Angst an Tyrell, 18. März 1913)

Die Furcht des SPD-Vorsitzenden vor der deutschen Schlachtflotte ging so weit, dass er sogar die Forderung nach einer allgemeinen Abrüstung ablehnte, weil dies dem Kaiserreich in

die Hände spielen würde (Bericht Angst an Grey, 4. Oktober 1912).

Die Reaktion der britischen Regierung

Bebels Entschluss, es nicht bei der öffentlichen Antikriegspolitik der SPD zu belassen, sondern den auswärtigen Klassenfeind insgeheim zur Aufrüstung aufzufordern, um den heimischen Klassenfeind zu bekämpfen, war zweifellos ungewöhnlich. Das Bekanntwerden dieser Verbindung nach dem 2. Weltkrieg führte bei einigen Historikern sogar zum posthumen Vorwurf des Landesverrats, obwohl die Mitteilungen nichts Geheimes enthalten, sondern wesentlich die politische Ideenwelt Bebels wiedergeben. Doch inwieweit waren sie geeignet, einen Krieg zu verhindern? Wie realistisch war überhaupt die Annahme Bebels von der unzureichenden Rüstung der Navy?

Diese Frage beantwortete die britische Regierung selber. In einem Brief an Bebel erläuterte Angst dem deutschen Arbeiterführer »losgelöst von allen Mätzchen und Phrasen« die beiden Axiome der britischen Außen- und Militärpolitik, nämlich: »1) Die Übermacht der britischen Flotte, 2) Bewahrung des politischen und militärischen Gleichgewichts auf dem Kontinent.« (Brief Angst an Bebel, 14. April 1913) Unabhängig davon, welche Partei die Regierung stellte, bestimmten diese Postulate das Handeln des Inselstaats.

Hierzu bemerkte der britische Außenminister Edward Grey in einem Schreiben an Angst gleich nach der ersten Kontaktaufnahme, dass in dem gerade geführten Wahlkampf die Marinerüstung »mit einer gewissen parteipolitischen Erregung diskutiert« worden sei. Dann fuhr er trocken fort: Das »hat im Ausland dazu geführt, ihre Stärke ebenso zu unterschätzen wie das Ausmaß dessen, was getan wird, um ihre Überlegenheit zu erhalten« (Brief Grey an Angst, 13.10.1910). Er ließ also keinen Zweifel daran, dass London trotz zeitweise heftiger interner Differenzen an der Überlegenheit zur See festhielt und wies dezent darauf hin, dass Bebel das Wahlkampfgetöse offenbar für bare Münze genommen habe. Durch die Auswertung der inzwischen freigegebenen Akten weiß man mittlerweile auch definitiv, dass die britische Admiralität zu jeder Zeit über den Stand der deutschen Marinerüstung informiert war und die Dominanz der eigenen Schlachtflotte nie in Zweifel stellte (vgl. Andreas Rose: Zwischen Empire und Kontinent. Britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, München 2011).

Zu ergänzen ist, dass England nicht nur seine Schlachtflotte auf Stand hielt, sondern auch die zweite von Heinrich Angst konstatierte Maxime seiner Außenpolitik realisierte, nämlich die Vorherrschaft eines Staates auf dem Kontinent zu verhindern. Um das Kaiserreich einzudämmen, schloss es 1904 ein Bündnis mit Frankreich und 1907 eines mit Russland.

Bley als Herausgeber der Dokumente sieht in dem Vorgehen des SPD-Vorsitzenden »kein durchdachtes Konzept eines international orientierten Sozialisten«. Er weist darauf hin, dass Bebel, der politisch aus dem Handwerkerflügel der liberalen Bewegung kam, offenbar nach wie vor dem Klischee des liberalen England anhing, das zu den außenpolitischen Grundannahmen des deutschen Liberalismus der Reichsgründungszeit gehörte.

Interne Machtkämpfe

Nun muss zu Babels Ehrenrettung gesagt werden, dass er seine Warnungen nicht aus den Fingern saugte. Auf deutscher Seite gab es in der Marineleitung ebenso wie in der tonangebenden bürgerlichen Partei, den Nationalliberalen, ernst zu nehmende Forderungen nach einem Krieg mit Großbritannien, um eine Weltmachtstellung mitsamt einem Kolonialreich in Mittelafrika zu erobern. Doch wie realistisch waren diese Tendenzen? Inwieweit waren die deutschen liberalen Imperialisten in der Lage, den gewünschten Krieg intern durchzusetzen, d.h. die politische und vor allem militärische Führung des Reichs hinter sich zu bringen?

Die Weltpolitik mit den Schlachtschiffen im Zentrum war ein bürgerlich-liberales, vom Kaiser unterstütztes Projekt. Das in Preußen herrschende Junkertum, dem das Landheer unterstand, hatte daran kein Interesse. Insbesondere die kostenträchtige Schlachtflotte war für die Großagrarier stets die »grässliche, hässliche Flotte«, deren Bau sie nur deswegen zugestimmt hatten, weil im Gegenzug die Getreidezölle um das Fünffache erhöht wurden. Die Untersuchungen Eckart Kehrs, insbesondere sein Werk »Schlachtschiffbau und Parteipolitik 1894-1901« (Berlin 1930), haben diesen Zusammenhang gründlich herausgearbeitet. Doch die Tolerierung des Flottenbaus bedeutete nicht, dass die Großgrundbesitzer mit einem Krieg gegen Großbritannien einverstanden waren. Den geographisch-politischen Gegebenheiten entsprechend war ein solcher Seekrieg nicht isoliert zu führen, sondern musste durch einen Landkrieg gegen das seit 1904 mit London verbündete Frankreich flankiert werden, gegebenenfalls auch gegen Russland. Oder klassenspezifisch ausgedrückt: Die Bourgeoisie konnte ihren Schlachtschiffenkrieg gegen das »perfidie Albion« nicht ohne das Landheer der Junker führen, während umgekehrt der Militäradel sehr wohl einen Kontinentalkrieg ohne die Schlachtflotte führen konnte – was er 1914 auch praktizierte.

Bebel selber betonte in den Besprechungen mit Angst regelmäßig die Macht des Junkertums: »Preußen zu reformieren ist unmöglich; es wird der Junkerstaat bleiben, der es zur Zeit ist« (Gespräch vom 4.10.1910). Aber was sollte den mächtigen Militäradel dazu bewegen, mit seinem Heer kontinentalen Flankenschutz für einen weltpolitischen Seekrieg zu geben, der allein im Interesse der Bourgeoisie lag?

Der unrealistische Krieg: die Marokko-Krise 1911

Auf dieser Basis erklärt sich der Ablauf der Marokko-Krise 1911, die der Kriegsfurcht Nahrung gab und Bebel eine bis heute bekannte Antikriegsrede im Reichstag halten ließ.

Ihr Ursprung war der Versuch des deutschen Außenministers Kiderlen-Wächter, aus Anlass eines Vorfalls in Marokko Frankreich zur Übertragung seiner mittelafrikanischen Kolonien an das Kaiserreich zu zwingen; im Gegenzug würden die Deutschen auf ihre Interessen in Nordafrika verzichten. Zur Unterstreichung des Vorhabens ließ er das Kanonenboot Panther nach Agadir auslaufen. Da das mit Frankreich verbündete Russland durchblicken ließ, dass es einen Kolonialstreit nicht als Bündnisfall für einen Krieg betrachten würde, machte die französische Regierung bereits Anstalten, dem deutschen Druck nachzugeben. Doch dann trat Großbritannien auf den Plan, erklärte, dass es eine Schwächung Frankreichs nicht hinnehmen würde, und ließ zur Bekräftigung seiner Entschlossenheit seine Schlachtschiffe auslaufen.

Wenn die deutsche Regierung unter Bethmann Hollweg, wie vielfach behauptet, von Anfang an auf einen Weltmachtkrieg abgezielt hätte, dann war jetzt die Gelegenheit dazu, denn die Kriegskonstellation war ideal: Man musste keinen Zweifrontenkrieg führen und das preußisch-deutsche Heer hatte gegen Frankreich größte Siegchancen. Doch kaum stellte London sich auf die Seite von Paris, trat der Kanzler den Rückzug an und signalisierte Kompromissbereitschaft.



Der Rückzieher erklärt sich politisch und nicht aus Angst vor dem Krieg. Selbst wenn Bethmann Hollweg gewollt hätte – wie hätte er die Entscheidung für einen solchen Krieg durchsetzen können? Aus den eben genannten Gründen hatte der preußische Militäradel keinerlei Interesse daran, das Heer in einen Landkrieg gegen Frankreich zu schicken, um Schützenhilfe für einen weltpolitischen Seekrieg gegen Großbritannien zu leisten. Und angesichts seiner politisch-militärischen Schlüsselstellung war es undenkbar, ihm einen Krieg gegen seinen Willen aufzuzwingen.

Davon abgesehen entsprach ein solcher Krieg auch nicht dem Konzept des Kanzlers. Er war ein Gegner der Schlachtflotte und verfolgte eine Politik der Entspannung und Abrüstung mit London. Deshalb gab er nach dem britischen Auftreten sofort nach, trotz der wütenden Proteste der Liberalen, die ihm Feigheit und Englandfreundschaft vorwarfen und ihm bis zu seiner Entlassung 1917 nicht verziehen, dass er die Kriegsgelegenheit 1911 nicht wahrgenommen hatte.

Im Zusammenhang mit dieser Krise hielt Bebel am 11. November 1911 seine viel zitierte Rede, in welcher er vor der Katastrophe eines Weltkriegs warnte und prophezeite, dass nach »dem großen Generalmarsch der große Kladderadatsch« kommen würde. Nur führte der britisch-deutsche Gegensatz weder 1911 in Marokko noch zu einem anderen Zeitpunkt in den Krieg. Anstelle eines Schlachtflottenkriegs mit Großbritannien begann 1914 ein ganz anderer Krieg, nämlich ein Kontinentalkrieg mit Russland und Frankreich, in dem britische Landtruppen an der Seite des französischen Heeres fochten. Die Vorgeschichte *dieses* Kriegs erlebte Bebel noch mit und berichtete seinem Schweizer Gewährsmann darüber.

Der Umschlag 1912/13

Ausgangspunkt war die Wahl 1912. Drei Jahre zuvor, im Jahr 1909, hatte ein Steuerstreit das jahrzehntelange Bündnis von Konservativen und Nationalliberalen zerstört, sodass der Klassenkompromiss von Junkertum und Bourgeoisie, der das deutsche Kaiserreich jahrzehntelang getragen hatte, an sein Ende gelangte. Bis dahin hatten Konservative und (National-)Libernale durch ihre Wahlabsprachen stets dafür gesorgt, dass die SPD bei den Reichstagswahlen weniger Sitze erhielt als ihrem Stimmenanteil entsprach. Das unterstellte Bebel auch jetzt. Er war der Meinung, dass wie üblich eine »Verschwörung der andern Parteien gegen uns« stattfinden würde, »weil die bürgerlichen Parteien sich immer gegen die ›Sozis‹ zusammenschlossen« (Brief Bebel an Angst vom 14. Januar und Gespräch vom 22. Januar 1912; die Konservativen zählte er hier zu den »bürgerlichen« Parteien.).

Doch tatsächlich gab es keine »Verschwörung« der andern Parteien »gegen die Sozis« mehr, weil das Zerwürfnis zwischen ihnen zu tief ging. Die Konservativen blieben auf sich allein gestellt und erlitten große Mandatsverluste, während die SPD mehr als ein Drittel der Reichstagsitze eroberte. Das heißt, Bebel war sich der Tragweite des Bruchs von 1909 gar nicht bewusst, sonst wäre ihm klar gewesen, dass die Zusammenarbeit der Reichsgründungsparteien der Vergangenheit angehörte.

Nach ihrer Wahlniederlage versuchte die Junkerpartei zu-

nächst, im Bündnis mit der Schwerindustrie die Verfassung außer Kraft setzen zu lassen, um das allgemeine Wahlrecht zu beseitigen. Als der Reichskanzler sich diesem Ansinnen verweigerte und kein anderes Mittel zur Rettung der alten Ordnung mehr übrig war, schwenkte sie auf einen Kriegskurs ein, in dessen Zuge 1913 eine umfangreiche Heeresvermehrung beschlossen wurde. Die damit im Zusammenhang stehenden Äußerungen Bebels gehören zu den letzten, die in der Studie Bleys dokumentiert sind.

Bis dahin hatten die Rüstungsvorhaben der kaiserlichen Regierung stets sowohl das Heer als auch die Marine berücksichtigt. Demgemäß forderten die liberalen Imperialisten auch jetzt, neben dem Heer die Schlachtflotte zu verstärken, liefen jedoch mitsamt dem Kaiser gegen eine Wand. An der Sitzung der Etatkommission des Reichstags, auf der die Rüstungsvorlage beraten wurde, nahm auch Bebel teil und informierte Angst anschließend darüber. Er berichtete, dass Großadmiral Tirpitz, der Schöpfer der Schlachtflotte, in der Sitzung »mit der größten Erregung« hatte offenbaren müssen, dass die Marine leer ausgehen würde. Die Haushaltsberatung demonstrierte, so Bebel, dass »die Militärkaste, d.h. die preußischen Junker, wieder einmal ihre ungeheure Macht bewiesen haben, indem sie gleichzeitig die Flotten- und Kolonialenthusiasten und den Kaiser selbst besiegten.« Das heißt, an dieser Stelle machte sich das Kräfteverhältnis zwischen den beiden maßgeblichen politischen Blöcken – letztlich den führenden Klassen des Kaiserreichs – schlaglichtartig bemerkbar, ohne dass Bebel aus seiner eigenen Wahrnehmung weitergehende Schlussfolgerungen zog.

Für den SPD-Vorsitzenden stand nach der Sitzung fest: »Für die Flottenanhänger ist das Spiel völlig aus, und England sollte sich dessen bewusst sein. (...) Wir können nicht länger mit England um die Flottenherrschaft konkurrieren.« (Gespräch mit Angst am 18. März 1913) Worauf er jahrelang gehofft und durch seine Kontakte mit London hingearbeitet hatte, war endlich Wirklichkeit geworden: Deutschland hatte das maritime Wettrennen verloren und *die Gefahr eines imperialistischen Kriegs zwischen Großbritannien und Deutschland war vorüber*. Noch auf ihrem Friedenskongress in Basel Ende 1912 hatte die Sozialistische Internationale vor der »Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich« als »größte Gefahr für den Frieden Europas« gewarnt. Jetzt stand fest, dass die kaiserliche Marine nicht weiter aufgerüstet wurde, und damit schien die Kriegsgefahr vorüber zu sein.

Der reale Kurs auf einen Kontinentalkrieg

Worüber Bebel seinem Verbindungsmann in Zürich nicht mehr berichtete, weil es den Schlachtflottenkrieg nicht betraf, war eine vertrauliche Sitzung am 24. April 1913 im Reichstag mit Vertrauensleuten aller Parteien, auf der die Heeresverstärkung von Vertretern des Militärs erläutert wurde. Von Seiten der SPD nahmen außer Bebel noch zwei weitere Reichstagsabgeordnete daran teil (Georg Ledebour und Ludwig Frank). Über diese Sitzung, in der faktisch *die Weichen von einem unrealistischen Seekrieg gegen Großbritannien zu einem realen Kontinentalkrieg gegen Russland und Frankreich gestellt wurden*, sind wir aus den internen Berichten der bayrischen und württem-

bergischen Militärbevollmächtigten informiert (abgedruckt als Dokument 82a, S. 258ff.).

Die Vertreter des Militärs begründeten die Notwendigkeit einer Nachrüstung mit den Rüstungsprogrammen Frankreichs und Russlands, die zeigen würden, dass diese Staaten einen Krieg gegen das Kaiserreich planten. Zugleich legten sie dar, dass im Kriegsfall Deutschland gemäß den Vorgaben des Schlieffen-Plans zuerst Frankreich angreifen müsse (inkl. Durchmarsch durch das neutrale Belgien), um sich nach dem in Bälde erwarteten Sieg Russland zuzuwenden. Die anwesenden Führungsmitglieder der SPD nahmen die Ausführungen der Militärs ohne Widerspruch entgegen. Obwohl mittlerweile die Forderung der Rechtskräfte nach einem Krieg als *Ausweg aus der inneren Krise des Reichs* unüberhörbar geworden war, brachten sie dies nicht in Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen des preußischen Militärs.

Im Anschluss an die Sitzung erarbeitete Bebel eine Stellungnahme, die im Mai 1913 vom Parteivorstand der SPD unter dem Titel »Ein ernstes Wort in ernster Zeit. Militärvorlage und internationale Rüstungsindustrie« als Flugschrift herausgegeben wurde. Darin hieß es, dass »wir in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges von außen einstweilen noch rechnen (müssen), namentlich von Osten her«. Ein solcher Krieg würde wegen der vorhandenen Staatenbündnisse zum Weltkrieg werden und »unser Vaterland vielleicht vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen«, woraus folgerte, »dass die geographische und politische Lage des Reiches die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig macht« (Dokument 82b, S. 272).

Das war eine vollständig andere Positionierung der SPD in der Kriegsfrage als zuvor bei dem drohenden Schlachtflottenkrieg gegen Großbritannien und öffnete den Weg zur Bewilligung der Kriegskredite im August 1914 scheunentorweit. Der Umschlag lässt sich nicht mit »Verrat«, aber auch nicht hinreichend mit der »Verbürgerlichung« der SPD erklären. Das Vordringen des Reformismus bereitete den Boden dafür, dass die SPD auf den Boden des bestehenden Staats trat. Doch damit ist nicht zu begründen, wieso die Stellung zur Kriegsfrage dermaßen bruchlos wechseln konnte.

Maritimer Angriffskrieg und kontinentaler Verteidigungskrieg?

Als Begründung für dieses Verhalten arbeitet Bley in seiner Vorbemerkung heraus, dass Bebel zwar die Flottenrüstung als expansiv, aber die kontinentale Militärpolitik als defensiv beurteilte (S. 121). Bley teilt dieses Urteil nicht, doch in diesem Punkt hatte Bebel recht – allerdings nur bis 1912. *Die Kontinentalpolitik der preußischen Militärs war im Grundsatz defensiv*, denn was sollten die ostelbischen Gutsbesitzer mit territorialen Eroberungen anfangen? Sie hatten genug mit ihren Gutswirtschaften zu tun und brauchten keine neuen Ländereien. Wenn Bismarck wiederholt erklärt hatte, das geeinte Deutschland sei »saturiert« und der ganze Balkan nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert, so galt diese Aussage, was den Militäradel betrifft, über die Abdankung des Reichsgründers hinaus; sie dokumentierte sich zuletzt in dem Nicht-Krieg 1911. Erst nach dem Wahlsieg der SPD und dem erfolglosen Staats-

streichversuch 1912 schlug die Position des Junkertums um, und da geschah es nicht aus außenpolitischen Erwägungen, sondern aus Angst vor dem innenpolitischen Machtverlust.

Ein Schlachtflottenkrieg gegen England war für Bebel wegen der kolonialen Forderungen des Kaiserreichs ein Angriffskrieg gewesen, und davor hatte er die britische Regierung unablässig gewarnt. Aber warum sollte Deutschland einen Angriffskrieg gegen Russland/Frankreich führen? Wirtschaftliche Gründe dafür waren auf deutscher Seite nicht erkennbar, und damit hatte das Reich nach dem vorherrschenden Marxismusverständnis keinen Kriegsgrund. Auf der anderen Seite war Bebel die innenpolitische Brisanz des Hegemonialbruchs 1909 nicht klar; erst recht nicht erkannte er dessen Umschlag in eine Kriegspolitik. Zwar benannte er die »ungeheure Macht der preußischen Militärkaste«, aber dahinter steckte kein tieferes Verständnis der Klassenverhältnisse im Kaiserreich und deshalb konnte er nicht begreifen, dass es bei der 1913 einsetzenden Kriegsvorbereitung nicht um die Existenz Deutschlands ging, sondern um den Existenzkampf des Junkertums.

Unter diesen Umständen schien klar zu sein, dass bei einem kriegerischen Konflikt der russische Zarismus der Angreifer sein musste, der seine inneren Schwierigkeiten nach außen ablenken wollte. Für diesen Fall aber galt die Position, die Friedrich Engels 1891 begründet und Bebel mehrfach wiederholt hatte: Dann mussten die deutschen Arbeiter die Zivilisation und die Errungenschaften der Arbeiterbewegung gegen die russische Barbarei verteidigen.

Da der zeitliche Übergang vom Szenario eines Schlachtflottenkriegs gegen Großbritannien zum Kontinentalkrieg gegen Russland/Frankreich innerhalb einer so kurzen Zeitspanne erfolgte und denkbar fließend war, ist der sozialdemokratische Positionswechsel bis heute schwer nachvollziehbar. Umso verdienstvoller ist es, dass die vorliegende Veröffentlichung ein Stück weit Licht in das Dunkel bringt.

Schluss: SPD ohne Kompass

In seiner Bewertung des SPD-Parteivorsitzenden konstatiert Bley kopfschüttelnd Bebels »Widersprüchlichkeit und unpolitische Naivität in wichtigen Fragen«. Wer die dokumentierten Materialien nachliest, kann sich diesem Urteil nur anschließen. Bebel benannte einzelne Momente der Politik in Deutschland richtig, besaß jedoch keine weitergehende Klarheit über die klasenpolitische Gemengelage des Kaiserreichs.

In dem Jahr nach seinem Tod im August 1913 spitzte sich die Krise von Staat und Gesellschaft weiter zu und geriet die außerparlamentarische Stellung des preußisch-deutschen Militärs mehr und mehr ins Wanken. In dem Maße, wie das geschah, wurden die Rufe nach einem Krieg zur Wiederbefestigung der patriarchalischen Ordnung lauter. Insoweit ist nicht vorherzusagen, wie Bebel sich letztlich zu dem Großen Krieg gestellt hätte. Aber eines lässt sich zweifelsfrei festhalten: Seine bis dahin erfolgten Einschätzungen trugen nicht dazu bei, die innere Triebfeder des Wegs in diesen Krieg aufzudecken und die Sozialdemokratie zu befähigen, im August 1914 eine richtige Stellung einzunehmen.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

